

## **Fraktionserklärung der CDU-Kreistagsfraktion zu TOP Ö4, Kreishaushalt 2021 – Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2021 – Satzungsbeschluss**

**Georg Riedmann, 17.12.2020**

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren der Landkreisverwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen im Kreistag Bodenseekreis, Damen und Herren der Presse, liebe Gäste,

die Haushaltsplanberatungen für das Haushaltsjahr 2021 waren – jedenfalls bis zum Moment – die unproblematischsten, die ich bislang in diesem Haus erleben durfte. Was uns dabei geholfen hat und was dabei im Hinblick auf die kommenden Jahre Sorge bereitet? Die Systematik der Finanzierung des Kreishaushaltes über die Kreisumlage und deren Berechnungsgrundlage. Auf diese Zusammenhänge werde ich am Ende meines Beitrages nochmals eingehen.

Wir von der Fraktion der CDU werden diesem Planwerk jedenfalls unsere Stimme geben, das darf ich schon einmal vorausschicken. Wir werden das tun, weil das Werk viele Beiträge zur Zukunftssicherung des Landkreises leistet und dabei viele Impulse aufnimmt, die wir in die Diskussion des Gremiums hineingegeben haben. Die wesentlichen Themen sind dabei für uns: Erhalt und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur inklusive ÖPNV-Ausbau, Digitalisierung und Breitbandinfrastruktur sowie die Bildungsinfrastruktur. Welche Impulse haben wir dazu geleistet:

1. Verkehrsinfrastruktur und ÖPNV-Ausbau: Wir können erhebliche Qualitätsverbesserungen im ÖPNV-Netz mit diesem Haushaltsplan sichern. Diese Verbesserungen gehen maßgeblich auf unsere Initiative zurück. Wir haben diese Initiative ergriffen, weil uns alle Verkehrssysteme gleichermaßen wichtig sind und wir natürlich einen

großen Ehrgeiz haben, den Modal Split, also die Verteilung des Verkehrs auf die diversen Verkehrsträger, so zu gestalten, dass die Klimaziele erreicht werden können. Wegen unserem gemeinsamen Ehrgeiz in dieser Richtung kommen wir auch bei den Planungen zum Ausbau der Bodenseegürtelbahn voran. Und durch unser gemeinsames Engagement hier im Kreistag Bodenseekreis zusammen mit dem Kreis Konstanz und den an der Strecke liegenden Kommunen haben wir Land und Bund zu einem deutlich stärkeren Engagement für dieses Projekt bewegen können. Was bei all diesen Projekten für uns wichtig ist festzustellen: Diese Verbesserungen und dieser Einsatz wurden von der Kreisverwaltung mit dem Team von Bodo und RAB gebracht. Das ist eine tolle Leistung, diese Teams machen das hervorragend und wir danken dafür ganz herzlich. Wir spüren nicht, dass hier noch weitere Aufwendungen für Koordinatoren oder Manager nötig wären. Wir sehen unsere Zuschüsse am liebsten auf der Schiene und der Straße fahren! Zum Thema Verkehr und ÖPNV gehört aber natürlich auch das Kreisradwegprogramm, das Kreisstraßensanierungsprogramm und natürlich das Großprojekt Neubau Straßenmeisterei. Beispielgebend ist auch das Projekt Jobrad, das wir gemeinsam im Frühjahr für die Mitarbeitenden des Landkreises beschlossen haben. Wir benötigen alle Arten von Mobilität, um unsere Region sicher in die Zukunft zu führen. Wir werden unsere Zukunft nicht sichern, in dem wir Formen der Mobilität gegeneinander ausspielen. Wir von der CDU-Fraktion nehmen die Aufgabe in ihrer ganzen Breite ernst. Auch beim Flughafen, um das auch am heutigen Tag nochmals klar und deutlich zu sagen. Wir haben alle ein Ziel: Verkehr muss sich so entwickeln, dass die Anforderungen an den Klimaschutz erfüllt werden. Wir würden aber gerne einen anderen

Begriff wählen: Verkehrswende klingt nach Kehrtwende und rückwärtsgewandt. Wir plädieren für den Begriff Verkehrstransformation. Für die Transformation hin zu einem modernen, breit aufgestellten und klimaschonenden Verkehr werden wir weiterhin hier im Kreistag Bodenseekreis mitarbeiten.

2. Zur Digitalisierung und Breitbandausbau: Der Zweckverband Breitband Bodenseekreis war eine schwere Geburt. Ja. Und trotzdem ist und bleibt es richtig, dass dieser gegründet wurde. Das Ziel dieses Zweckverbandes ist der flächendeckende Glasfaserausbau bis in jedes Haus. Viele Städte und Gemeinden sind sehr aktiv bei der Verbesserung der Breitbandinfrastruktur. Machen sich dabei auch die Vectoringangebote der Telekommunikationsanbieter zu Nutze um Zeit zu gewinnen. Das ist auch gut so. Ziel muss aber der flächendeckende Glasfaserausbau sein. Und diese große Planungsaufgabe lässt sich nach meiner Überzeugung besser im Verband erledigen. Wir finden es richtig, dass der Landkreis sich an dieser Gemeinschaftsaufgabe beteiligt! Vordringlich für den Landkreis ist dabei natürlich der Anschluss aller Kreisschulen ans Breitbandnetz. Digitalisierung ist aber weit mehr als nur Infrastruktur und Breitbandausbau. Digitalisierung greift ein in die Arbeitswelt innerhalb der Landkreisverwaltung und greift auch ein in die Dienstleistungsstruktur aus der Kreisverwaltung zu den Menschen im Kreis. Digitalisierung braucht also in jedem Fall die Bereitschaft der Mitarbeitenden zum Wandel. Das wird für den Erfolg des Prozesses von größerer Bedeutung sein, als die technische Architektur. Wir sind an dieser Stelle sehr dankbar für den Personalbericht, der uns im Tagesordnungspunkt zuvor vorgestellt wurde. Wir haben die Überzeugung daraus mitgenommen, dass Personalmanagement und

Personalentwicklung im Landratsamt einen hohen Stellenwert hat und auf einem bemerkenswerten und zeitgemäßen Niveau bearbeitet wird. Dass Veränderungsprozesse innerhalb der Verwaltung gut kommuniziert und gemeinsam begangen werden. Wir danken für diese Arbeit und sind sehr zuversichtlich, dass mit dieser besonnenen und professionellen Personalarbeit die großen Transformationsprozesse hin zur digitalen Verwaltung gut gelingen.

3. Die Bildungsinfrastruktur: Wir sind froh, dass wir uns darauf verständigt haben, die Frage nach unserer Struktur in den beruflichen Schulen nicht nur auf den Standort Überlingen bezogen zu betrachten, von dem diese Diskussion ihren Ausgang genommen hat. Wir müssen insgesamt definieren, welches Angebot wir Landkreisweit anbieten müssen und auf welchem infrastrukturellen Niveau sich dieses präsentieren muss, damit wir in der Konkurrenz mit den Nachbarlandkreisen bestehen können. Dabei müssen nicht nur die einzelnen Schulen, sondern auch alle Schulstandorte mit betrachtet werden. Auch Schulstandorte in Trägerschaft von Städten und Gemeinden, die möglicherweise über freie Potentiale verfügen. Wir erwarten, dass am Ende dieses Prozesses ein anderes, besser zu bewältigendes Gesamtprojekt steht, als nur die Herstellung des für den Standort Überlingen formulierten Flächenbedarfs. Und genauso erwarten wir, dass dieses Gesamtprojekt am Ende eine insgesamt bessere Berufsschulinfrastruktur bringen wird.

Lassen Sie mich zu den vorgelegten Anträgen etwas sagen: Von einer Antragsflut wie in früheren Jahren scheinen wir in diesem Jahr, jedenfalls Stand jetzt, verschont zu bleiben. Wir von der CDU-Fraktion begrüßen diese Zurückhaltung sehr, zumal die Anträge bei Haushaltsberatungen sehr häufig stark symbolpolitisch wirken. Darüber hinaus sind wir uns doch darüber einig,

dass gegenwärtig eher schon zu viele als zu wenige Projekte und Themen auf unserer Liste stehen. **Einschub: Zustimmung DLRG!**

Von den Kollegen der AFD Fraktion liegen zwei Anträge vor. Die Inhalte dieser beiden Anträge machen uns die Ablehnung sehr leicht, ich finde, die Ablehnung wird geradezu provoziert! Der Antrag zur Altersfeststellung minderjähriger Flüchtlinge bedient niedrigste populistische Instinkte. Eine einfache Nachfrage bei der Landkreisverwaltung zu den Rechtsgrundlagen und dem diesbezüglichen Vorgehen des Jugendamtes und der Ausländerbehörde hätte die Erkenntnis gebracht, dass dieser Antrag redundant ist. Es ist für mich persönlich erschreckend, dass wir auf einem solchen Niveau der politischen Debatte angekommen sind.

Bei den Aufwendungen zum Klimaschutz gibt es natürlich auch in unseren Reihen die Bedenken, welchen Effekt solche pauschalen, nicht projektbezogenen Ansätze haben. Aber darüber haben wir uns anlässlich der Diskussion zur betreffenden Beschlussfassung ausgetauscht. Und es gibt für uns keinerlei Veranlassung von einer erst kürzlich erfolgten Beschlussfassung abzurücken. Zumal auch hier die zur Gegenfinanzierung ins Feld geführte angebliche Verzögerung von Bauprojekten nicht droht. Auch hier hätte eine einfache Nachfrage über den haushaltsrechtlichen Charakter von Verpflichtungsermächtigungen und deren Auswirkungen auf die Handlungsfähigkeit der Verwaltung genügt, um den im Antrag genannten Zusammenhang zu entkräften.

Wir von der CDU-Fraktion haben anschließend zu beiden Anträgen keinen Aussprachebedarf mehr. Daher stelle ich bereits an dieser Stelle den Antrag zur Geschäftsordnung: Abstimmung der Anträge der AFD ohne weitere Aussprache.

Lassen Sie mich noch, wie eingangs angekündigt, einen Blick in eine schwierige Zukunft werfen: Wenn wir uns vor Augen führen, dass unser aller Lebensumfeld sich in den vergangen 10 Monaten in zuvor kaum vorstellbarer Form verändert hat, scheint es nahezu unglaublich, wie geräuschlos und unkompliziert es möglich war, den Haushalt für den Bodenseekreis in den vergangenen Wochen gemeinsam zu erarbeiten.

Einen großen Anteil daran haben die Regeln der Umlagefinanzierung: Der Landkreis darf heute gerade noch profitieren von einer Phase unglaublicher Erfolge der hiesigen Unternehmen und der Menschen die in diesen Unternehmen diesen Erfolg gemeinsam erarbeiten. Wenn auch die Kreisumlage bei gleichem Hebesatz bereits etwas niedriger ausfällt als im Jahr zuvor bleibt festzuhalten: Der Bodenseekreis kann und konnte in den vergangenen Jahren in enormem Umfang daran arbeiten die Leistungen für die Menschen und die Infrastruktur in der Region auszubauen, also die Lebensqualität Aller zu verbessern, dank einer Phase wirtschaftlicher Prosperität.

Dass das nicht selbstverständlich ist, werden wir in der Zukunft schmerzlich erfahren müssen.

Wohl werden im Moment für die gebeutelten Unternehmen Hilfen versprochen – und hoffentlich auch bald ausgeschüttet, als hätte der Bundesfinanzminister eine Gelddruckmaschine im Keller, die er bedenkenlos und ohne Sorge bezüglich der langfristigen volkswirtschaftlichen Konsequenzen anwerfen kann.

Doch ein Ende dieser wichtigen spontanen und kraftvollen Hilfsaktion ist in Sicht. Und dann werden wir erkennen müssen, dass die öffentliche Hand, auch die Gemeinden, Städte und Landkreise, nur dann erfolgreich für Ihre

Bürgerinnen und Bürger da sein können, wenn die notwendigen Mittel auch vor Ort gemeinsam erwirtschaftet werden. Dabei darf der Landkreis auch nicht eine sinkende Steuerkraft durch höhere Kreisumlagehebesätze ausgleichen, das wäre zu einfach, die Städte und Gemeinden wären doppelt geschwächt. Das heißt: Wir werden über die zeitliche Struktur unserer riesigen Investitionsaufgaben noch oft diskutieren müssen.

Diese Zeiten lehren uns und dafür stehen wir in der CDU-Fraktion: Unsere Industrie, Gewerbe und der Handel, die Arbeitsplätze in der Region müssen gesichert werden. Die Industrie muss die Möglichkeit erhalten, die Transformation hin zu Produkten und Produktionsmethoden, die es erlauben, die Klimaziele zu erreichen, zu schaffen. Dafür braucht es auch Potentiale der Flächenentwicklung.

Diese Potentiale aufzuzeigen und einzuräumen, das ist die Aufgabe der Regionalplanung. Nur wenn diese Potentiale gesichert werden, haben anschließend die Verwaltungsverbände und die Städte und Gemeinden die Möglichkeiten, daraus eine sinnvolle und für eine verträgliche Entwicklung angemessene Flächennutzungs- und Bauleitplanung abzuleiten.

Diese Aufgabe ist eine der wesentlichen Aufgaben kommunaler Selbstverwaltung. Wir appellieren an unsere Vertreterinnen und Vertreter in der Verbandsversammlung: Geben wir den Städten und Gemeinden diese Potentiale, damit sie diese Planungsaufgaben auch wahrnehmen können. Die Gremien vor Ort werden mit den Potentialen in der Zukunft angemessen und sorgsam umgehen. Damit aus den so generierten Gewerbe- und Einkommensteueranteilen auch in Zukunft Landkreise, Städte und Gemeinden ihre Aufgaben für die Menschen erfüllen können!

Vielleicht hilft die aktuelle Krise das Bewusstsein zu schaffen, dass die dringend nötige Sorge um den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen keine unheilvolle Koalition mit der Selbstzufriedenheit eines scheinbar ungefährdeten Wohlstandes eingehen darf.

Meine Damen und Herren, am Ende möchte ich mich bedanken. Ich bedanke mich für eine gute Zusammenarbeit hier im Gremium, ich danke für die sehr gute Vorbereitung und Durchführung der Sitzungen durch alle Dezernate und den Landrat mit seinem Team, ganz besonders durch das Team der Geschäftsstelle Kreistag. Und ich danke allen Mitarbeitenden der Kreisverwaltung für die Bewältigung eines großen Arbeitspensums im Jahr 2020.

Am Ende eines so besonderen Jahres ist es aber vor allem angezeigt, allen ein großes Dankeschön zu sagen, die über nun 10 Monate an der Bewältigung der aktuellen Pandemielage mitarbeiten. Angefangen vom Krisenstab mit dem ersten Landesbeamten an der Spitze. Außergewöhnlich und alles andere als selbstverständlich aber die Leistung des Teams des Gesundheitsamtes und aller Kolleginnen und Kollegen, die in vielen Schichten, regelmäßig auch außerhalb der so genannten üblichen Arbeitszeiten dafür gesorgt haben, dass der Bodenseekreis in der Kontaktnachverfolgung bis zuletzt besser als viele andere Regionen dastehen kann. Sie alle haben durch Ihren beherzten Einsatz mitgeholfen, Menschen zu schützen. Ihnen allen gilt unser großer Respekt und unser herzlichster Dank. Und wenn die Presse wieder einmal über das Corona-Management des Landratsamtes berichten will, wäre die Würdigung dieser Klasse Leistung ein wirklich wichtiges Thema!

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren der Kreisverwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gremium, die CDU-Kreistagsfraktion wünscht Ihnen allen von Herzen ein schönes Weihnachtsfest

und einen guten Start in ein Jahr, das uns hoffentlich irgendwann ein Licht am Ende des Corona-Tunnels leuchten lässt. Vielen Dank.